WESTPAPUA NETZWERK

Westpapua
im Jahr 2026

Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation



Westpapua im Jahr 2026

Geschichte, Menschenrechte und aktuelle politische Situation

1. Allgemeiner Überblick

Westpapua ist die östlichste Region Indonesiens und umfasst die westliche Hälfte der Insel Neuguinea, deren östlicher Teil den unabhängigen Staat Papua-Neuguinea bildet. Seit 2022 besteht Westpapua aus sechs Provinzen: Papua, Hochland-Papua, Zentral-Papua, Süd-Papua, Südwest-Papua und West-Papua.

Die Region ist durch eine große ethnische, sprachliche und kulturelle Vielfalt geprägt. In Westpapua leben mehr als 250 indigene Bevölkerungsgruppen mit eigenen Sprachen, Traditionen und kulturellen Identitäten. Indigene Papua verstehen sich überwiegend als Melanesier*innen. Die Migration aus anderen Teilen Indonesiens hat die Bevölkerungsstruktur Westpapuas insbesondere seit der Eingliederung der Region in den indonesischen Staat grundlegend verändert. Im Jahr 2026 machen indigene Papua weniger als 40 Prozent der etwa 5,8 Millionen Einwohner*innen Westpapuas aus.

Um die heutige Situation zu verstehen, ist ein Blick auf die Geschichte der Region und insbesondere auf die Auseinandersetzungen um ihre politische Zugehörigkeit notwendig.

Von der niederländischen Kolonialzeit zur Eingliederung in Indonesien

Nach dem Ende der niederländischen Kolonialzeit strebte die indigene Bevölkerung die Gründung eines unabhängigen Staates an. Dies widersprach den Plänen des damaligen indonesischen Staatspräsidenten Sukarno, der 1961 dazu aufrief, Westpapua an Indonesien anzugliedern und Truppen in die Region entsandte. Unter dem Druck der USA, die im Kalten Krieg einen Verbündeten in Indonesien suchten, unterzeichneten die Niederlande und Indonesien im August 1962 das sogenannte New Yorker Abkommen. Die Vereinten Nationen (UN) waren an der Umsetzung des Abkommens beteiligt. Nach einer Übergangsverwaltung durch die UN wurde Westpapua 1963 an Indonesien übertragen.

Die Frage, ob die Bevölkerung selbst über ihre politische Zukunft entscheiden konnte, blieb damit jedoch ungelöst.

Der „Act of Free Choice“ und seine Folgen

Ein im New Yorker Abkommen vorgesehenes Referendum über die Staatenzugehörigkeit Westpapuas wurde 1969 durchgeführt. Unter Androhung von Zwang und Gewalt und mit nur etwa 1.000 handverlesenen Stimmberechtigten stimmten die Beteiligten für die weitere Zugehörigkeit zum indonesischen Staatsgebiet. Der sogenannte „Act of Free Choice“ wird deshalb von vielen Papua als „Act of No Choice“ bezeichnet. Die Vereinten Nationen erkannten das Ergebnis dennoch an.

Unter Sukarnos Nachfolger Suharto wurde die Militärdiktatur auch in Westpapua etabliert. Politischer Widerstand wurde brutal unterdrückt, führende Papua wurden aus ihren Ämtern entfernt und zahlreiche Menschen getötet. Gleichzeitig wurden Schriften über die Geschichte Westpapuas sowie niederländische Schulbücher vernichtet, Häuser geplündert und Kulturgüter geraubt.

Parallel dazu nahm die Migration aus anderen Teilen Indonesiens zu. Migrant*innen übernahmen vielfach wichtige Positionen in Wirtschaft und Verwaltung und erhielten Zugang zu wirtschaftlichen Chancen, die der indigenen Bevölkerung häufig verschlossen blieben. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Struktur Westpapuas veränderte sich dadurch nachhaltig. Für viele indigene Papua sind die Erfahrungen von Repression, Gewalt, kultureller Verdrängung und wirtschaftlicher Benachteiligung bis heute prägend.

Von einem politischen Konflikt zu einem komplexen Konflikt

Der Konflikt in Westpapua war zunächst vor allem durch die politische Frage bestimmt, ob Westpapua ein unabhängiger Staat werden sollte. Über die Jahrzehnte kamen jedoch weitere Konfliktdimensionen hinzu. Politische Repression, wirtschaftliche Erschließung, Migration und die zunehmende Kontrolle durch Sicherheitskräfte veränderten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Heute verbinden sich die Fragen nach politischer Selbstbestimmung und Menschenrechten mit Landkonflikten, Ressourcenausbeutung, Rassismus, Militarisierung und Umweltzerstörung. Kritik an der indonesischen Politik wird häufig als Separatismus diffamiert und kriminalisiert. Gleichzeitig wird die wirtschaftliche Erschließung der Region als Teil der nationalen Entwicklungspolitik vorangetrieben.

Der Konflikt ist damit längst mehr als eine Frage politischer Zugehörigkeit. Er verbindet politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Interessen und wird durch unterschiedliche Vorstellungen von Entwicklung, Identität und politischer Teilhabe geprägt.

Der Konflikt in Westpapua: Ressourcen, Macht und Identität

Westpapua verfügt über große Vorkommen an Gold, Kupfer und anderen Bodenschätzen sowie über Gasreserven, tropische Wälder und umfangreiche Agrarflächen. Dieser Ressourcenreichtum macht die Region für nationale und internationale Unternehmen attraktiv. Die Erschließung der Ressourcen ist eng mit staatlichen Entwicklungs- und Infrastrukturprogrammen verbunden.

Gleichzeitig sind viele indigene Papua politisch und wirtschaftlich marginalisiert. Landkonflikte entstehen dort, wo staatliche oder wirtschaftliche Projekte auf Gebiete treffen, die von indigenen Gemeinschaften traditionell genutzt werden oder die sie als ihr angestammtes Land betrachten. Für viele Papua ist Land dabei nicht nur eine wirtschaftliche Ressource, sondern eng mit Identität, Geschichte, Kultur und sozialen Beziehungen verbunden.

Die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung geht mit einer starken Präsenz von Militär und Polizei einher. Kritik daran wird häufig als Separatismus eingeordnet und kriminalisiert. Gewalt und Einschüchterung können Gegenwehr verstärken, die wiederum als Rechtfertigung für weitere Militarisierung dient. Zugleich ist das Militär zunehmend an staatlichen Entwicklungs- und Wirtschaftsprogrammen beteiligt. Sicherheits-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sind dadurch eng miteinander verknüpft.

Rassismus und Stigmatisierung bilden eine weitere zentrale Dimension des Konflikts. Indigene Papua berichten seit Jahrzehnten von rassistischer Diskriminierung. Die Darstellung von Papua als „Separatisten“ oder als „Sicherheitsproblem“ kann dazu beitragen, politischen und gesellschaftlichen Widerstand zu delegitimieren. Viele Papua erleben die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse deshalb als Fortsetzung oder Verstärkung kolonialer Strukturen.

Der Ressourcenreichtum Westpapuas wird unter diesen Bedingungen für viele Menschen zum Ressourcenfluch. Extraktivismus, wirtschaftliche Interessen und Korruption verschärfen bestehende Konflikte und tragen zur Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen bei. Die Abholzung von Regenwäldern, die Erschließung von Bergbau- und Gasvorkommen sowie die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen

verändern Landschaften und traditionelle Lebensweisen. Auch internationale Akteur*innen tragen Verantwortung, wenn sie von der Ressourcenausbeutung profitieren, ohne die Rechte der indigenen Bevölkerung und die ökologischen Folgen ausreichend zu berücksichtigen.

Die internationale Dimension des Konflikts zeigt sich nicht zuletzt darin, dass wirtschaftliche Interessen, geopolitische Beziehungen und internationale Handels- und Investitionsstrukturen die Entwicklung der Region beeinflussen. Gleichzeitig bleibt der Konflikt in internationalen und insbesondere europäischen Debatten vergleichsweise wenig sichtbar. Propaganda, Medienkontrolle und der eingeschränkte Zugang zur Region erschweren unabhängige Berichterstattung und internationale Beobachtung.

Zwischen Selbstbestimmung, Entwicklung und Dialog

Die politischen Vorstellungen über die Zukunft Westpapuas gehen weiterhin deutlich auseinander. Viele indigene Papua verbinden ihre Forderungen mit politischer Selbstbestimmung, dem Schutz der Menschenrechte sowie dem Erhalt ihrer Sprache, Kultur und natürlichen Lebensgrundlagen. Demgegenüber steht das Interesse der indonesischen Regierung, Westpapua als Teil des Einheitsstaates zu erhalten und die Region durch wirtschaftliche Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur stärker in die nationale Entwicklung einzubinden.

Von verschiedenen indigenen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wird jedoch kritisiert, dass der Konflikt nicht allein als Entwicklungsproblem betrachtet werden könne. Aus ihrer Sicht müssen ebenso politische und menschenrechtliche Fragen, Marginalisierung, Rassismus, Landkonflikte und die Auswirkungen der Ressourcenausbeutung berücksichtigt werden.

Seit Jahren fordern verschiedene Akteur*innen einen friedlichen Konfliktlösungsprozess. Ein solcher Prozess müsste die unterschiedlichen Konfliktdimensionen zusammenführen und die Perspektiven der indigenen Papua ernsthaft einbeziehen. Vertreter*innen der indigenen Bevölkerung und der Zivilgesellschaft fordern zudem einen Dialog, an dem nicht nur staatliche Stellen und bewaffnete Akteur*innen, sondern auch betroffene Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft beteiligt sind. Als möglicher Ansatz wird dabei auch die Moderation durch eine neutrale dritte Partei genannt.

Der Konflikt in Westpapua lässt sich somit weder auf die Frage der politischen Zugehörigkeit noch auf wirtschaftliche Entwicklung reduzieren. Seine heutige Dynamik ist das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung, in der sich Fragen von Macht, Selbstbestimmung, Menschenrechten, Ressourcen, Umwelt, Identität und gesellschaftlicher Teilhabe miteinander verbinden. ❁

2. Aktuelle Entwicklungen in Westpapua

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen eine kontinuierliche Eskalation des Konflikts in Westpapua. Kennzeichnend sind die zunehmende Militarisierung, steigende Zahlen von Binnenvertriebenen, anhaltende Menschenrechtsverletzungen und eine weitgehende Straflosigkeit staatlicher Akteure. Parallel werden großflächige Infrastruktur-, Agrar- und Rohstoffprojekte trotz erheblicher Konflikte um indigene Landrechte weiter vorangetrieben. Gleichzeitig werden rechtsstaatliche Garantien und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume zunehmend eingeschränkt. Diese Entwicklungen verschärfen die humanitäre Lage und erschweren langfristige Perspektiven für eine friedliche Konfliktlösung.

Rückblick auf 2025

Bereits im Verlauf des Jahres 2025 verschärfte sich die Lage in Westpapua deutlich. Menschenrechtsorganisationen dokumentierten eine Zunahme bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den indonesischen Sicherheitskräften und der Nationalen Befreiungsarmee Westpapuas (TPNPB), insbesondere in den Hochlandregionen. Die Region Yahukimo entwickelte sich mit insgesamt 35 dokumentierten bewaffneten Zusammenstößen zum wichtigsten Konfliktschwerpunkt. Parallel dazu weitete die indonesische Regierung ihre Militärpräsenz kontinuierlich aus und verlegte zusätzliche Truppen in verschiedene Landesteile. Die verstärkte Militarisierung führte zu einer wachsenden Zahl von Binnenvertriebenen und beeinträchtigte zunehmend den Zugang der Bevölkerung zu Gesundheitsversorgung, Bildung und anderen grundlegenden Dienstleistungen.

Die zunehmende Militarisierung stieß auf wachsenden Widerstand der Zivilgesellschaft. Zwischen Oktober und November 2025 fanden in mehreren Städten Westpapuas friedliche Demonstrationen statt, bei denen Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen ein Ende der Militäroperationen, den Abzug zusätzlicher Truppen und die Aufnahme eines politischen Dialogs forderten. Trotz dieser Appelle hielt die indonesische Regierung an ihrer sicherheitsorientierten Strategie fest und schuf damit die Voraussetzungen für die weitere Eskalation des Konflikts im Jahr 2026.

Entwicklungen in 2026

Zu Beginn des Jahres 2026 setzte sich diese Entwicklung nicht nur fort, sondern verschärfte sich in nahezu allen Bereichen. Die indonesische Regierung intensivierte ihre Militäroperationen und baute ihre Sicherheitspräsenz in Westpapua weiter aus. Gleichzeitig nahmen Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Auseinandersetzungen und Vertreibungen der Zivilbevölkerung weiter zu. Parallel dazu wurden großflächige Infrastruktur-, Agrar- und Rohstoffprojekte trotz anhaltender Proteste indigener Gemeinschaften konsequent vorangetrieben. Auch auf politischer Ebene verfestigte sich der sicherheitsorientierte Kurs der Regierung durch neue Gesetzesvorhaben und den Ausbau internationaler Militärkooperationen.

Im ersten Halbjahr 2026 verstärkten die indonesischen Sicherheitskräfte ihre Militäroperationen insbesondere in den Hochlandregionen Puncak, Intan Jaya, Yahukimo, Nduga, Lanny Jaya und Mimika. Menschenrechtsorganisationen dokumentierten einen deutlichen Anstieg willkürlicher Festnahmen, Foltervorwürfe sowie mutmaßlicher außergerichtlicher Tötungen.

Auch der bewaffnete Konflikt zwischen den indonesischen Sicherheitskräften und der TPNPB intensivierte sich weiter. Während des gesamten ersten Halbjahres wurden in zahlreichen Regionen

anhaltende Gefechte registriert. Erstmals kamen regelmäßig bewaffnete Drohnen und weitere moderne Waffensysteme bei Militäroperationen in bewohnten Gebieten zum Einsatz. Darüber hinaus wurden Berichte über den Einsatz von Sprengfallen veröffentlicht.

Die Folgen für die Zivilbevölkerung verschärften sich erheblich. Wiederkehrende Kampfhandlungen sowie groß angelegte Militäroperationen führten zu weiteren Vertreibungen. Bis Ende Juni 2026 waren nach Schätzungen von Menschenrechtsbeobachter*innen mehr als 125.000 Menschen innerhalb Westpapuas auf der Flucht. In zahlreichen Konfliktgebieten brachen Gesundheitsversorgung, Schulunterricht und andere grundlegende öffentliche Dienstleistungen weitgehend zusammen. Die humanitäre Situation verschlechterte sich insbesondere in abgelegenen Regionen, in denen viele Gemeinden nur noch eingeschränkt erreichbar waren.

Parallel zur militärischen Eskalation setzte die indonesische Regierung die Umsetzung großflächiger Entwicklungs- und Infrastrukturprojekte fort. Insbesondere das Nationale Strategieprojekt (PSN) zum Aufbau großflächiger Zuckerrohr- und Reisanbaugebiete in Süd-Papua wird trotz anhaltender Proteste der betroffenen indigenen Landbesitzer*innen weiter vorangetrieben. Insbesondere in den Regionen Merauke und Biak berichteten indigene Gemeinschaften über zunehmenden Druck auf ihr traditionelles Land, fehlende Konsultationen, Einschränkungen ihrer Mitbestimmungsrechte sowie Einschüchterungen im Zusammenhang mit Landkonflikten. Die Ausweitung wirtschaftlicher Großprojekte und der Ausbau militärischer Infrastruktur verstärkten damit bestehende Spannungen zusätzlich.

Auch die politischen Entwicklungen gaben Anlass zur Sorge. Mit Inkrafttreten des neuen indonesischen Strafgesetzbuchs zu Beginn des Jahres 2026 kritisierten zahlreiche Menschenrechtsorganisationen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Abschwächung rechtlicher Grundlagen zur Ahndung schwerer Menschenrechtsverletzungen. Parallel dazu intensivierte Indonesien seine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit mehreren internationalen Partnern und setzte die Modernisierung seiner Streitkräfte fort.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen engagieren sich Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und weitere Teile der Zivilgesellschaft weiterhin für eine friedliche Konfliktlösung. Sie fordern den Abzug zusätzlicher Truppen, einen Stopp der Militäroperationen sowie einen inklusiven politischen Dialog.

3. Landraub, Kriminalisierung und indigene Rechte in Indonesien – Westpapua als Fallbeispiel

Indonesien ist einer der weltweit wichtigsten Produzenten von Palmöl, Gold und Nickel. Diese Rohstoffe besitzen sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch eine hohe Bedeutung, insbesondere im Zusammenhang mit der globalen Energiewende und der steigenden Nachfrage nach Batterierohstoffen.

Seit Anfang 2025 hat die Regierung zudem begonnen, Plantagen, Bergbaugebiete und andere ressourcenreiche Flächen unter staatliche Kontrolle zu stellen und anschließend an Staatsunternehmen zu übertragen. Dadurch nimmt der Druck auf indigene Gemeinschaften weiter zu, deren traditionelle Gebiete zunehmend für wirtschaftliche Nutzung erschlossen werden.

Historischer Hintergrund: Koloniales Erbe und ungelöste Landrechtskonflikte

Die aktuellen Landkonflikte in Indonesien haben ihre Wurzeln in der Zeit nach dem Ende der niederländischen Kolonialherrschaft 1949. Das indonesische Landrecht räumt dem Staat bis heute weitreichende Befugnisse ein, Land und natürliche Ressourcen zu verwalten und Konzessionen für Holzgewinnung, Bergbau, Plantagen oder Infrastrukturprojekte an Unternehmen zu vergeben. Die Rechte der lokalen und insbesondere der indigenen Bevölkerung werden dabei häufig nur unzureichend berücksichtigt. Besonders indigene Gemeinschaften auf den sogenannten Außeninseln – darunter Westpapua – sind davon betroffen.

Zwar erkennt das indonesische Agrargesetz von 1960 traditionelle (Adat-)Landrechte grundsätzlich an, in der Praxis müssen indigene Gemeinschaften jedoch zunächst als „traditionelle Rechtsgemeinschaft" (masyarakat hukum adat) offiziell anerkannt werden. Dieses Verfahren ist langwierig, kostenintensiv und wird nur selten erfolgreich abgeschlossen. Erst danach können Gemeinden überhaupt Ansprüche auf ihre traditionellen Gebiete geltend machen. Gleichzeitig verwaltet das Forstministerium den Großteil der als Staatswald ausgewiesenen Flächen und kann diese für wirtschaftliche Nutzung freigeben. Die komplizierte und teils widersprüchliche Gesetzeslage hat über Jahrzehnte Landkonflikte verschärft, notwendige Landreformen verhindert und die Abholzung großer Waldflächen begünstigt.

Zunehmende Repression unter Präsident Prabowo Subianto

Mit dem Amtsantritt von Präsident Prabowo Subianto im Oktober 2024 hat sich diese Entwicklung weiter verschärft. Die Regierung treibt großflächige Rohstoff-, Infrastruktur- sowie sogenannte Nahrungsmittel- und Energieprojekte voran und setzt dabei verstärkt Militär und Polizei ein, um Widerstand gegen diese Projekte zu unterdrücken. Die indonesische Regierung verfolgt eine Politik der beschleunigten Rohstoffgewinnung sowie des Ausbaus großflächiger Agrar-, Infrastruktur- und Energieprojekte. Dazu gehören insbesondere staatlich geförderte Bergbauprojekte, Ölpalmenplantagen sowie sogenannte Food- und Energy Estates.

Diese Vorhaben werden zunehmend durch den Einsatz von Polizei und Militär abgesichert. Gleichzeitig besteht eine wachsende Kriminalisierung von Umweltaktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und indigenen Führungspersönlichkeiten, die sich gegen Landenteignungen, Abholzung oder Umweltzerstörung einsetzen.

Unternehmen und politische Akteure nutzen Strafanzeigen, um Proteste zu unterdrücken. Die Behörden werfen Betroffenen häufig Delikte wie Verleumdung, Hochverrat, Gewaltandrohung oder die Verbreitung kommunistischer Ideologien vor. Viele Betroffene verbringen Monate oder sogar Jahre mit Ermittlungs- und Gerichtsverfahren, obwohl die Vorwürfe häufig nur auf schwachen Beweisen beruhen. Diese Praxis dient vor allem der Einschüchterung und soll zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen wirtschaftliche Großprojekte verhindern.

Pesta Babi - Ein Film durchbricht die Abschottung Westpapuas

Für größere Aufmerksamkeit in Indonesien sorgte seit dem Frühjahr 2026 die Dokumentation *Pig Feast – Colonialism in Our Time* (2026), die den Blick auf die Entwicklungsprojekte in Süd-Papua richtet. Was als wirtschaftliche Entwicklung und Beitrag zur nationalen Versorgungssicherheit dargestellt wird, hat für die betroffenen indigenen Gemeinschaften gravierende Konsequenzen: Wälder werden gerodet, traditionelle Lebensräume gehen verloren und der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen wird eingeschränkt. Der Film bringt die Perspektiven indigener Gemeinschaften in den öffentlichen Diskurs und macht Entwicklungen sichtbar, die außerhalb Westpapuas häufig nur schwer dokumentiert werden können. Er zeigt, wie die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, großflächige Entwaldung und die Einschränkung indigener Rechte miteinander verbunden sind.

Damit steht der Film beispielhaft für einen Konflikt, der weit über Westpapua hinausreicht. Weltweit werden indigene Territorien zunehmend für Landwirtschaft, Palmöl, Bergbau, Energiegewinnung und andere ressourcenintensive Projekte erschlossen. Die damit verbundene Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen steht in einem direkten Spannungsverhältnis zum Schutz der Biodiversität und zum Klimaschutz. Gleichzeitig sind indigene Gemeinschaften, deren Lebensweise und kulturelle Identität eng mit ihren traditionellen Territorien verbunden sind, häufig diejenigen, die die sozialen und ökologischen Folgen dieser Entwicklung unmittelbar tragen.

Besondere Bedeutung erhält *Pig Feast* durch seine Perspektive: Der Film lässt vor allem die betroffenen Menschen selbst zu Wort kommen und dokumentiert ihre Erfahrungen mit Landverlust, Entwaldung, staatlicher Politik und wirtschaftlichen Interessen. Zugleich zeigt er ihren Widerstand und ihre Bemühungen, Land, Umwelt, Kultur und Selbstbestimmung zu verteidigen. Damit verbindet die Dokumentation die lokale Situation in Süd-Papua mit einer globalen Frage: Wer entscheidet über die Nutzung natürlicher Ressourcen – und wer trägt die Kosten ihrer Ausbeutung? Die Entwicklungen in Süd-Papua sind dabei auch im Zusammenhang mit globalen Debatten über Entwaldung, Klimaschutz, Rohstoff- und Agrarpolitik sowie die Verantwortung von Unternehmen zu betrachten. Für internationale NGOs und politische Entscheidungsträger*innen stellt sich insbesondere die Frage, wie die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen bei großflächigen Entwicklungsprojekten gewährleistet werden können und welche Mechanismen erforderlich sind, um FPIC[1], Umweltstandards und demokratische Beteiligung wirksam durchzusetzen.

Die Veröffentlichung von *Pig Feast – Colonialism in Our Time* entwickelte sich 2026 zu einem wichtigen Test für die Meinungs-, Kunst- und Versammlungsfreiheit in Indonesien. Die große öffentliche Resonanz auf den Film löste zugleich zahlreiche staatliche und lokale Eingriffe aus. Filmvorführungen wurden verhindert oder kurzfristig abgesagt, Organisator*innen und Besucher*innen überwacht und beteiligte Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Filmschaffende unter Druck gesetzt. Die Reaktionen auf die Dokumentation verdeutlichen, dass es nicht nur um den Film selbst geht, sondern um die Frage, ob und wie kritische Themen in Indonesien öffentlich diskutiert werden können. Der Umgang mit Pig Feast macht damit die Risiken sichtbar, denen Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Kulturschaffende ausgesetzt sind, wenn sie wirtschaftliche Großprojekte und staatliche Politik in Westpapua kritisch hinterfragen.

4. Die indonesische Verteidigungspolitik und ihre Verbindung zum Westpapua-Konflikt

Seit 2025 hat Indonesien eine Reihe von verteidigungspolitischen Maßnahmen[2] eingeführt, durch die die rechtlichen Befugnisse, die institutionelle Rolle und die finanziellen Ressourcen der indonesischen Streitkräfte (Tentara Nasional Indonesia, TNI) erheblich ausgeweitet wurden. Diese Reformen gingen mit einer Intensivierung der Militäroperationen in Westpapua sowie zunehmenden Berichten über Vertreibungen der Zivilbevölkerung, Todesfälle und humanitäre Probleme einher.

Ausweitung der rechtlichen Befugnisse der TNI: Gesetz Nr. 3 von 2025

Die erste große politische Veränderung erfolgte mit der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 3 von 2025 über die indonesischen Streitkräfte (UU No. 3/2025) am 26. März 2025, mit dem das TNI-Gesetz von 2004 geändert wurde. Artikel 3 bestätigt den Präsidenten als die verfassungsmäßig zuständige Instanz für den Einsatz militärischer Gewalt. Gleichzeitig stärkt das Gesetz die Rolle des Verteidigungsministeriums bei der administrativen Politik und der strategischen Aufsicht. Dadurch wird einerseits die zivile ministerielle Kontrolle über die Verteidigungsverwaltung ausgeweitet, andererseits aber auch die institutionelle Einbindung der TNI in die staatliche Bürokratie Indonesiens verstärkt.



1 FPIC (Free, Prior and Informed Consent) bezeichnet das Recht indigener Gemeinschaften, frei, frühzeitig und auf Grundlage ausreichender Informationen über Projekte und Maßnahmen zu entscheiden, die ihr Land, ihre Ressourcen oder ihre Lebensweise betreffen.

2 Das Westpapua-Netzwerk dankt „Mamta“ für die Recherche und das Verfassen dieses Kapitels.

Eine weitreichendere Änderung findet sich in Artikel 47, der die Zahl der zivilen Institutionen ausweitet, in denen aktive Militärangehörige Positionen übernehmen dürfen. Die Änderung erweitert außerdem die Aufgaben der TNI im Rahmen der *Operasi Militer Selain Perang (OMSP)*, also der *„Military Operations Other Than War"*. Historisch bildete OMSP den rechtlichen Rahmen für die Beteiligung des Militärs an der inneren Sicherheit, der Katastrophenhilfe, dem Schutz von Infrastruktur, der Terrorismusbekämpfung und dem Schutz strategischer nationaler Vermögenswerte. Die Änderung von 2025 geht über die Regelung außergewöhnlicher Einsätze während eines Krieges hinaus, indem sie eine breitere Rolle des Militärs in Friedenszeiten innerhalb der zivilen Regierungsführung und öffentlichen Verwaltung institutionalisiert.

Perpres Nr. 111/2025 und die Ausweitung des nationalen Sicherheitsrahmens

Die zweite wichtige Entwicklung war die Präsidialverordnung (Peraturan Presiden, Perpres) Nr. 111 von 2025, die am 23. Oktober 2025 verabschiedet wurde und die allgemeine Verteidigungspolitik Indonesiens für den Zeitraum 2025–2029 festlegt. Die Verordnung verwendet eine weit gefasste Definition der nationalen Verteidigung, indem sie Bedrohungen aus verschiedenen Bereichen kategorisiert, darunter Ideologie, Politik, Wirtschaft, Soziokultur, Technologie, Umwelt und öffentliche Sicherheit. Außerdem integriert sie militärische und zivile Institutionen in das *Sistem Pertahanan dan Keamanan Rakyat Semesta* (*Sishankamrata*), das *„Total People's Defence and Security System"*.

Dieser erweiterte Sicherheitsrahmen hat wichtige Auswirkungen auf Westpapua. Da nicht-militärische Themen nun zunehmend durch eine verteidigungspolitische Perspektive interpretiert werden können, argumentieren mehrere Rechtswissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen, dass Konflikte im Zusammenhang mit den Landrechten indigener Bevölkerungsgruppen, regionaler politischer Mobilisierung, Umweltkonflikten oder Forderungen nach Selbstbestimmung zunehmend durch militarisierte Sicherheitsmechanismen anstatt durch zivile Regierungsführung oder gerichtliche Institutionen behandelt werden könnten.

Ausweitung des Verteidigungshaushalts und militärische Anreize im Jahr 2026

Die militärische Expansion wurde auch von erheblichen Steigerungen der Verteidigungsausgaben begleitet. Im August 2026 legte die indonesische Regierung dem Parlament den Entwurf des Staatshaushalts für 2027 (RAPBN) vor. Das Verteidigungsministerium erhielt dabei die zweithöchste Mittelzuweisung unter den Ministerien und staatlichen Institutionen: Rp187,1 Billionen (etwa 9,19 Milliarden Euro) im Haushalt 2026, ansteigend auf Rp189,01 Billionen (etwa 9,29 Milliarden Euro) im vorgeschlagenen Haushalt für 2027. Weitere finanzielle Reformen folgten im September 2026, als Präsident Prabowo die Präsidialverordnungen Nr. 42 und Nr. 43 von 2026 erließ, mit denen die Verordnungen von 2018 über die Leistungszulagen (*tunjangan kinerja oder tukin*) für TNI-Angehörige und Beschäftigte des Verteidigungsministeriums geändert wurden. Die überarbeiteten Verordnungen erhöhten die Leistungszulagen für TNI-Angehörige um mehr als 70 Prozent. Dies stellt die erste größere Anpassung seit ungefähr acht Jahren dar. Die Erhöhungen gelten für alle militärischen Besoldungs- und Funktionsgruppen, wobei höhere Zulagen an Dienstgrad und Position gekoppelt sind. Obwohl sich die Verordnungen in erster Linie auf die Vergütung beziehen, stellen sie zugleich ein umfassenderes politisches Bekenntnis zur Verbesserung der sozialen und finanziellen Situation der Angehörigen des Militärs sowie zur Stärkung der Rekrutierung und Bindung von Personal innerhalb der Streitkräfte dar.

Die Ausweitung der militärischen Strukturen Indonesiens

Die militärische Expansion zeigt sich nicht nur in den Haushaltszuweisungen, sondern auch im Wachstum des Personals und in der territorialen Neuordnung. Die TNI besteht derzeit aus etwa 470.000 Angehörigen in Heer, Marine und Luftwaffe. Innerhalb der militärischen Hierarchie umfasst die TNI etwa 59.000 Perwira (Offiziere), die von den unteren bis zu den höheren Dienstgraden reichen, während etwa 411.000 Angehörige den Rängen der Bintara (Unteroffiziere) und Tamtama (Mannschaften) angehören. Rund 72 Prozent des gesamten Personals dienen im indonesischen Heer (TNI-AD), was die dominante Stellung des Heeres innerhalb der indonesischen Verteidigungsstruktur verdeutlicht.

Neben der Zahl der Militärangehörigen hat Präsident Prabowo vorgeschlagen, in jedem der 514 Regierungsbezirke und Kommunen Indonesiens ein Militärbataillon einzurichten. Er begründete dies damit, dass derzeit mehr als 360 Regierungsbezirke über kein dauerhaft stationiertes Bataillon verfügen. Regierungsvertreter*innen haben diesen Vorschlag als Teil der Bemühungen dargestellt, die territoriale Verteidigung zu stärken und natürliche Ressourcen vor illegaler Abholzung, illegalem Bergbau und Landbesetzung zu schützen. Dieser Vorschlag hat jedoch Kritik von indonesischen zivilgesellschaftlichen Organisationen hervorgerufen. Sie argumentieren, dass Umweltkriminalität und die Verwaltung von Ressourcen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich ziviler Rechtsinstitutionen und nicht der militärischen Autorität fallen.

Westpapua und die territoriale Expansion des Militärs

Die territoriale Expansion der TNI ist besonders deutlich in Westpapua sichtbar. Ein Bericht aus dem Sommer 2026 kommt zu dem Ergebnis, dass insgesamt 74.297 Soldaten in Westpapua stationiert sind. Darunter befinden sich 17.780 nicht ortsansässige Truppen, die aus anderen Teilen Indonesiens rotierend eingesetzt werden. Die jährlichen Kosten dieser Truppenpräsenz werden auf 2,34 Billionen indonesische Rupiah (rund 113 Millionen Euro) geschätzt.

Die Truppen sind in 31 Regierungsbezirken Westpapuas stationiert und umfassen unter anderem Grenzsicherungseinheiten, mobile Kampfeinheiten, die Eliteeinheit Satgas Rajawali sowie gemeinsame TNI-Polizei-Einheiten zum Schutz der Bergbauanlagen von PT Freeport Indonesia.

Gemeinsam mit der Polizei sind insgesamt 103.196 Sicherheitskräfte in Westpapua im Einsatz (Stand: Sommer 2026). Dies entspricht einem Verhältnis von einer Sicherheitskraft auf 57 Zivilpersonen und liegt damit etwa sechsmal über dem indonesischen Landesdurchschnitt. Im Vergleich zur geschätzten Zahl bewaffneter Unabhängigkeitskämpfer entfallen 72 Sicherheitskräfte auf jedes mutmaßliche Mitglied der TPNPB.

Viele Jahre lang wurde Westpapua durch zwei regionale Militärkommandos (Komando Daerah Militer oder Kodam) verwaltet: Kodam XVII/Cenderawasih mit Hauptquartier in Jayapura und Kodam XVIII/Kasuari mit Hauptquartier in Manokwari. Im August 2025 richtete die Regierung in Merauke das Kodam XXIV/Mandala Trikora ein. Darüber hinaus soll am 5. Oktober 2026 die Einweihung eines weiteren regionalen Militärkommandos in der Provinz Zentral-Papua stattfinden. Innerhalb von etwa zwei Jahren erhielt Westpapua damit zwei zusätzliche Kodam-Hauptquartiere. Dies stellt eine der schnellsten territorialen Erweiterungen der indonesischen militärischen Kommandostruktur in der Region dar, seit Westpapua in sechs Provinzen aufgeteilt wurde. Dieses institutionelle Wachstum verdeutlicht eine erhebliche Zunahme der dauerhaften militärischen Infrastruktur in Westpapua, insbesondere in Regionen, die bereits seit längerer Zeit von bewaffneten Konflikten sowie ungelösten Fragen im Zusammenhang mit der kolonialen Vergangenheit betroffen sind.

Reaktionen der Zivilgesellschaft und die Debatte über Militarisierung

Die indonesischen Verteidigungsreformen haben anhaltende Kritik von Menschenrechtsorganisationen, Umweltgruppen und wissenschaftlichen Beobachter*innen hervorgerufen. Der Schutz natürlicher Ressourcen durch einen verstärkten Einsatz des Militärs weitet die Aufgaben der TNI über die territoriale Verteidigung hinaus aus und spiegelt damit Elemente der früheren Doppelfunktion des indonesischen Militärs wider. Unter der New Order-Periode übte das Militär sowohl Verteidigungs- als auch sozio-politische Funktionen aus. Umweltpolitische Themen müssen in Westpapua jedoch strikt von sicherheitspolitischen Befugnissen getrennt werden.

Schlussfolgerung

In ihrer Gesamtheit stellen die zwischen 2025 und 2026 eingeführten Verteidigungsreformen eine bedeutende Veränderung der Sicherheitsverwaltung Indonesiens dar. Durch Gesetzesreformen, erhöhte Verteidigungsbudgets, höhere militärische Vergütungen, territoriale Neuordnungen und neue regionale Militärkommandos hat die TNI eine breitere institutionelle Rolle innerhalb des zivilen Staatsapparats Indonesiens erhalten. In Westpapua fielen diese politischen Entwicklungen mit einer Zunahme militärischer Einsätze, anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen, weit verbreiteten Vertreibungen und wachsenden humanitären Problemen zusammen. Ob diese Reformen die nationale Sicherheit stärken oder die Militarisierung in konfliktbetroffenen Regionen vertiefen, bleibt Gegenstand einer anhaltenden Debatte zwischen der indonesischen Regierung, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Menschenrechtsbeobachter*innen.

5. Empfehlungen zur aktuellen Menschenrechtssituation in Westpapua

- **Friedliche Konfliktlösung fördern:** Die deutsche Bundesregierung soll die Aufnahme eines inklusiven politischen Dialogs über den Westpapua-Konflikt aktiv unterstützen und sich gegenüber Indonesien für die Einbeziehung indigener und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie einer neutralen dritten Partei einsetzen.
- **EU-Politik gegenüber Indonesien menschenrechtsbasiert gestalten:** Die deutsche Bundesregierung soll sich innerhalb der Europäischen Union dafür einsetzen, dass die Menschenrechtslage in Westpapua systematisch in die Beziehungen zwischen der EU und Indonesien einbezogen wird. Bei Handels-, Investitions- und Kooperationsabkommen sowie bei der politischen Zusammenarbeit sollen die Einhaltung der Menschenrechte, die Rechte indigener Gemeinschaften und der Schutz der Umwelt verbindlich berücksichtigt werden. Die EU soll sich zudem gegenüber Indonesien für einen inklusiven politischen Dialog und einen ungehinderten internationalen Zugang zu Westpapua einsetzen.
- **Internationalen Zugang und unabhängige Beobachtung ermöglichen:** Die deutsche Bundesregierung soll sich gegenüber Indonesien dafür einsetzen, dass das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) seinen seit Langem angekündigten Besuch in Westpapua durchführen kann. Zudem soll sie sich für einen ungehinderten Zugang nach Westpapua für internationale Menschenrechtsorganisationen, unabhängige Beobachter*innen und ausländische Journalist*innen einsetzen.
- **Menschenrechtsbeobachtung institutionell verankern:** Die deutsche Bundesregierung soll innerhalb der deutschen Botschaft in Jakarta eine feste Zuständigkeit für die Menschenrechtslage in Westpapua schaffen und den regelmäßigen Austausch mit Menschenrechtsverteidiger*innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vertreter*innen indigener Gemeinschaften ermöglichen.
- **Keine Rüstungsexporte bei Menschenrechtsrisiken:** Die deutsche Bundesregierung soll keine Rüstungsgüter nach Indonesien genehmigen, wenn ein konkretes Risiko besteht, dass diese bei Menschenrechtsverletzungen in Westpapua eingesetzt werden könnten. Die Rolle und der wachsende Einfluss der indonesischen Streitkräfte müssen bei allen entsprechenden Entscheidungen berücksichtigt werden.
- **Menschenrechte und Umweltstandards in wirtschaftlichen Beziehungen sicherstellen:** Die deutsche Bundesregierung soll darauf hinwirken, dass deutsche und europäische Unternehmen bei wirtschaftlichen Aktivitäten und Lieferketten mit Bezug zu Westpapua menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten einhalten und die Rechte indigener Gemeinschaften berücksichtigen.
- **Partizipation indigener Gemeinschaften verbindlich verankern:** Bei deutschen Entwicklungsvorhaben, Klima- und Umweltprojekten in Westpapua sollen indigene Gemeinschaften gleichberechtigt an Planung, Umsetzung und Evaluierung beteiligt werden. Ihr traditionelles Wissen sowie ihre Rechte auf Land, Beteiligung und Selbstbestimmung sollen dabei berücksichtigt werden.

Westpapua-Netzwerk Informieren und unterstützen

Mit dem Westpapua Journal auf dem Laufenden bleiben



Das Westpapua Journal erscheint zweimal im Jahr. Ein Abonnement kostet 20 Euro/Jahr für Einzelpersonen oder ist in einer Förderkreismitgliedschaft enthalten.

Hier gibt es eine Leseprobe unseres Journals:

Mitmachen und Förderkreismitglied werden

Für unsere Menschenrechtsarbeit braucht es einen langen Atem.
Als Förderkreismitglied unterstützen Sie unser Netzwerk dauerhaft und machen unsere Aktivitäten planbarer.
Das Abonnement des Westpapua Journals ist in der Förderkreismitgliedschaft enthalten und einmal im Jahr laden wir Sie zu unserer Mitgliederversammlung ein.

Unterstützen Sie uns regelmäßig und werden Sie Förderkreismitglied!

Spenden Sie für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua

Sie können uns gern mit einer Spende unterstützen. Jeder Beitrag hilft!
Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

Spendenkonto
IBAN: DE 45 3506 0190 0009 0909 08
SWIFT/BIC: GENODED1DKD
Kontoinhaber: Vereinte Evangelische Mission
Verwendungszweck: Westpapua-Netzwerk



Das Westpapua-Netzwerk

Das Westpapua-Netzwerk setzt sich seit den 1990er Jahren für eine größere zivilgesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit in Deutschland zu Westpapua ein. Das Westpapua-Netzwerk befasst sich mit der politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Situation in Westpapua und trägt die Stimme der Papua durch Bildung und Öffentlichkeitsarbeit und Advocacyarbeit nach Deutschland. Das Westpapua-Netzwerk nimmt keine eigene Position zum politischen Status und zu Fragen der Unabhängigkeit Westpapuas ein.

Bei den Mitgliedsorganisationen im Westpapua-Netzwerk handelt es sich um Menschenrechts-, Solidaritäts- und Umweltgruppen, um Partnerschaftskirchenkreise, Gemeinden und andere Organisationen der evangelischen und katholischen Kirche. Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und andere Interessierte sind als Einzelpersonen im Netzwerk aktiv. Sie alle setzen sich auf unterschiedliche Art und Weise für Frieden und den Schutz der Menschenrechte in Westpapua ein.

Die Koordinationsstelle in Wuppertal koordiniert die Öffentlichkeits- und Advocacyarbeit des Netzwerkes. Hier laufen aktuelle Informationen aus Westpapua zusammen. Die Koordinationsstelle informiert über Entwicklungen in Westpapua, veröffentlicht zweimal im Jahr das „Westpapua Journal“ und setzt sich dabei stets zum Ziel, möglichst viele direkte Stimmen aus Westpapua zu präsentieren und einzubinden. Dies geschieht in unterschiedlichen Formaten in der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit.

.



WESTPAPUA
NETZWERK

Westpapua-Netzwerk
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170

wpn@westpapuanetz.de
www.westpapuanetz.de

November 2026

grafische Arbeit @akalbudinetwork